

DIE LINKE – PARTEI Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

Herrn  
Oberbürgermeister  
Markus Zwick  
Postfach 2763

66933 Pirmasens

**Am Immenborn 6  
66954 Pirmasens**

**Telefon: 06331/93845  
Mail: [info@linksfraktion-ps.de](mailto:info@linksfraktion-ps.de)  
Internet: [www.linksfraktion-ps.de](http://www.linksfraktion-ps.de)**

## **Antrag zur Stadtratssitzung am 15. November 2021**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

03. November 2021

die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 15. November 2021 zu setzen.

### **Ärztemangel wirksam bekämpfen**

Der Stadtrat möge in Einzelabstimmung beschließen:

- 1) Die Stadt Pirmasens gründet eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) als Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit dem Zweck, Ärzte und medizinisches Personal zu beschäftigen.
- 2) Die Stadt Pirmasens vergibt ein Stipendium in Höhe von 500 Euro monatlich für eine Studentin bzw. einen Studenten der Medizin, die/der sich im Gegenzug dazu verpflichtet, nach Abschluss der Ausbildung eine Stelle als Allgemeinmediziner/in in Pirmasens anzutreten
- 3) Die Stadt Pirmasens überprüft Möglichkeiten, ansässige Hausarztpraxen bei der Weiterbildung von Arzthelferinnen und Arzthelfern zu nichtmedizinischen Assistentinnen und Assistenten organisatorisch und finanziell zu unterstützen

### **Begründung:**

Bei der Bekämpfung des Ärztemangels tritt die Stadt Pirmasens zusammen mit Zweibrücken und dem Landkreis Südwestpfalz auf der Stelle. Statt sich aktiv und praktisch bei der Lösung dieses existenziellen Problems zu engagieren, z.B. durch die Gründung einer Ärztegenossenschaft mit kommunaler Beteiligung, herrscht auch nach Jahren gegenteiliger Erfahrungen noch immer der Glaube, der „Markt“ würde

das Problem fehlender Ärzte und Fachärzte in der Region lösen. Aber Regionalmarketing, die Verlinkung von Stellenausschreibungen oder Hilfsangebote bei der Wohnungssuche reichen dafür bei weitem nicht aus.

Die neue Internetplattform „Hello Doc“ ist die politische Kapitulation vor einer der größten Herausforderungen dieser Stadtgesellschaft. Gelingt es in den kommenden zwei Jahren nicht, eine nennenswerte Anzahl von Ärztinnen und Ärzten für die Stadt Pirmasens und die Region zu gewinnen, droht nicht nur Ärztemangel sondern medizinischer Notstand.

Wenn die Landrätin Dr. Ganster vor mehr als zwei Jahren sagte, bei der ärztlichen Versorgung in der Region sei es bereits „5 nach Zwölf“ – wie viel Uhr es dann heute?

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI appelliert nochmals eindringlich an alle Stadträtinnen und Stadträte, überkommene Ressentiments und Vorstellungen über Bord zu werfen und ihrer Verantwortung für die Bevölkerung dieser Stadt gerecht zu werden. Ansiedlungsargumente für Ärztinnen und Ärzte sind nicht die Schönheiten der südwestpfälzischen Natur, sondern handfeste persönliche Interessen: Sie wollen geregelte Arbeitszeiten im Angestelltenverhältnis, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und keine exorbitanten Investitionskosten für eine eigene Praxis. Dies ist seit Jahren bekannt und belegt.

Viele Kommunen haben dies erkannt und die Weichen entsprechend gestellt. In Büsum in Schleswig-Holstein arbeitet seit 2015 in der bundesweiten Vorreiterrolle ein Hausarztzentrum sehr erfolgreich als kommunale Einrichtung und hundertprozentige Tochtergesellschaft der Gemeinde, in Katzenelnbogen im Rhein-Lahn-Kreis wurde eine Hausarztpraxis als Anstalt des öffentlichen Rechts eröffnet und beschäftigt inzwischen mehr als 20 Ärztinnen und Ärzte sowie medizinisches Personal. In Bitburg betreibt die Ärztegenossenschaft „Medicus – Eifler Ärzte e.G.“ das erste Medizinische Versorgungszentrum in dieser gemeinwirtschaftlich orientierten Rechtsform und bundesweit gehen mehr und mehr MVZ unter kommunaler Trägerschaft an den Start. Ebenso unterstützen Kommunen bundesweit Medizinstudentinnen und –studenten in Form von Stipendien, wenn sie sich vertraglich dazu verpflichten, für einen gewissen Zeitraum in der jeweiligen Gemeinde nach Abschluss ihrer Ausbildung zu praktizieren. Beispiele dafür in Rheinlandpfalz finden sich im Eifelkreis und dem Landkreis Altenkirchen. Nicht zuletzt wurde mit der Zulassung sogenannter „nichtärztlicher Praxisassistenten“ (NäPa) für die Verrichtung von Hausbesuchen und einfacher medizinischer Tätigkeiten ein wichtiger Schritt getan, um Hausärzte von Routinemaßnahmen zu entlasten. Es sollte dringend geprüft werden, wie viele ansässige Hausärzte in Pirmasens von dieser Weiterbildungsmöglichkeit ihres Personals Gebrauch machen und wie die Stadt dabei organisatorisch und finanziell, z.B. durch Wirtschaftsförderung, unterstützend tätig werden könnte.

Risiken liegen in der behäbigen Bürokratie von Genehmigungsverfahren und der restriktiven Kreditvergabe der Banken gegenüber den Kommunen: In Lorsch war die Gründung eines kommunalen MVZ bereits beschlossene Sache. Eine Ärztegenossenschaft, die Gemeinde und das Krankenhaus waren sich einig und gemeinsam am Start, scheiterten jedoch an den oben beschriebenen Umständen. Das Pilotprojekt wird von der beteiligten Ärztegenossenschaft und weiteren Kommunen dennoch fortgesetzt, weil es grundsätzlich der richtige und zielführende

Weg ist. Dazu sagt Rechtsanwalt Dr. Hölzel in der „Medical Tribune“ vom Mai 2019: „Kommunen, die kein Problem haben, Mitgründer ins Boot zu holen, weil etwa ihre abgehenden Ärzte engagiert sind (gemeint sind Ärzte kurz vor dem Ruhestand Anm.d.Verf.), finden in der Genossenschaft auf jeden Fall ein sehr taugliches Mittel auf dem Weg zum kommunalen MVZ. Weiterhin schreibt das Magazin, dass es zu den Vorteilen des Genossenschaftsmodells gehört, dass die kommunale Einrichtung zu einem späteren Zeitpunkt ohne Verlustrisiko auf Ärzte oder andere Private übertragen werden könnte, falls dies gewünscht wird.

Allen Maßnahmen und innovativen Projekten gemeinsam ist, dass die durchführenden Kommunen die Zeichen der Zeit erkannt haben und in einer praktischen und innovativen kommunalen Gesundheitspolitik verwirklichen. Diese Kommunen setzen ihre Bevölkerung nicht mehr den Unzulänglichkeiten einer falschen Gesundheitspolitik auf Bundes- und Landesebene aus, sondern haben sich ein Stück kommunale Selbstverwaltung zurück erobert. Für die Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge und für das Wohl der Menschen.

Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI:

Frank Eschrich, Vorsitzender  
Brigitte Freihold, Florian Kircher, stellv. Vorsitzende